

VBS-Offensive gegen Spione und Saboteure

Ein vertrauliches Projekt prüft Massnahmen und Anpassung der Rechtsgrundlagen

BERN Die Schweizer Armee hat in ihrem Schutzkonzept Sicherheitslücken ausgemacht. Ein Projekt, das vom Führungsstab der Armee geleitet wird, soll sie stopfen. Martin Bühler, Sprecher im Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), bestätigt auf Anfrage der Sonntags-Zeitung ein als intern klassifiziertes Projekt, das unter dem Arbeitstitel «Abwehr» im letzten November gestartet wurde.

Der Plan des VBS ist es, damit «den Eigenschutz der Armee zu überprüfen und zu verbessern». Konkret sollen militärischen Informationen und Objekte besser vor Spionen und Saboteuren geschützt werden. Überprüft wird die Informatik-sicherheit und Massnahmen gegen «weitere rechtswidrige Handlungen bei Einsätzen der Armee».

Im Detail geht das VBS nicht auf die Massnahmen ein, die in Prüfung sind. Es teilt aber mit, dass sich das Projekt auf Artikel 100 des Militärgesetzes stützt. Dieser Artikel gibt der Militärischen Sicherheit (Milsich), einer Truppe mit 720 Profi-Militärpolizisten, weitgehende Kompetenzen. Die Milsich hat einen Observationstrupp, verfügt über ausgereifte technische Hilfsmittel und ist auch befugt, Personendaten und Persönlichkeitsprofile zu bearbeiten. Neben der Milsich sind der Nachrichtendienst des Bundes, der Militärische Nachrichtendienst und die VBS-Abteilung Informations- und Objektsicherheit am Projekt beteiligt.

Die angestrebten Verbesserungen können laut VBS-Sprecher Bühler «auch Vorschläge für Anpassungen der Rechtsgrundlagen umfassen». Hohe Militärs sind der Meinung, dass das Know-how zur Spionageabwehr mit dem Fichenskandal verloren gegangen ist. Dieses soll jetzt wieder aufgebaut werden. Vor dem Fichenskandal waren Polizei und Nachrichtendienst eng miteinander verknüpft. MARTIN STOLL

Patienten droht vermehrt Willkür

Krankenkassen können für bestimmte Medikamente die Vergütung festlegen

BERN Wer als Patient Medikamente benötigt, die nicht kassenpflichtig sind oder nur für eine andere Diagnose zugelassen sind, muss seit dem 1. März auf das Verhandlungsgeschick seiner Krankenkasse hoffen. Seit drei Wochen und unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit hat das Bundesamt für Gesundheit eine neue Verordnung in Kraft gesetzt. Darin heisst es: «Der Versicherer bestimmt die Höhe der Vergütung.»

«Im Moment herrscht grosse Unsicherheit, was noch bezahlt wird», sagt Matthias Baumgartner, Professor für Stoffwechsellkrankheiten am Zürcher Kinderspital. Er behandelt zahlreiche Patienten mit seltenen Krankheiten. Es hätten bereits Therapien gestoppt werden müssen, weil die Versicherung wegen der hohen Kosten nicht mehr bezahlt habe. «Patienten mit seltenen Krankheiten sind nun noch mehr der Willkür von Krankenversicherungen ausgeliefert», ist Baumgartner überzeugt.

Auch Erika Ziltener, Präsidentin des Dachverbands Schweizer Patientenstellen, befürchtet, dass mit der neuen Regelung die Ungleichbehandlung gefördert wird.

Santésuisse hingegen sieht die Stellung der Patienten gestärkt. Früher hätten die Kassen ein sehr teures und nicht kassenpflichtiges Medikament ablehnen können, und vor Gericht sei ein solcher Entscheid gestützt worden. «Nun kann der Preis verhandelt werden», heisst es beim Krankenkassenverband.

Einigkeit herrscht, dass die Position der Kassen gestärkt worden ist. Swica-Generaldirektor Peter Indra betont deren Verantwortung. «Wir dürfen nur bezahlen, wenn die Wirksamkeit eines Medikaments nach wissenschaftlichen Kriterien bewiesen ist.» Sie versuchten immer, mit den Pharmaherstellern einen günstigen Preis auszuhandeln. Für Indra ist klar, dass «wir unsere Reputation riskieren, wenn wir ein wirksames Medikament nicht bezahlen, welches andere Kassen vergüten».

Gegen das Risiko, dass Patienten je nach Versicherung uneinheitlich behandelt werden, hilft laut Indra nur ein verbesserter Risikoausgleich, der hohe Medikamentenkosten berücksichtigt, oder ein Hochrisikopool, der etwa Medikamentenkosten von über 100 000 Franken jährlich übernimmt. PETRA WESSALOWSKI



Swica-Generaldirektor Peter Indra: Preisdeals mit Herstellern



Kaserne Bremgarten AG (2002): Wegen Einsturzgefahr musste die Decke mit Holzpfehlern gestützt werden

FOTO: KEYSTONE

Milliarden-Chaos bei Armeebauten

Laut Finanzaufsicht wurde der Unterhalt während Jahren vernachlässigt

VON MARTIN STOLL

BERN Bei der Armee herrscht ein heilloses Chaos bei der Immobilienbewirtschaftung. Das deckt ein der SonntagsZeitung vorliegender Prüfbericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) auf. Laut dem Report vom November 2010 ist viel zu wenig Geld für den Unterhalt von Armeeliegenschaften eingesetzt worden. Um die Bauten wieder in einen guten Zustand zu bringen, wären 4 Milliarden Franken nötig.

Heute drohen die Immobilien der Armee laut der Finanzaufsicht des Bundes zu verrotten: «Die bestehende Substanz kann nicht mehr fachgerecht unterhalten werden, es findet ein beschleunigter Wertverlust statt», heisst es im Bericht, in den die SonntagsZeitung, gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz, Einsicht verlangt hat.

Um die Armeebauten zu erhalten, sind laut den Finanzprüfern in den nächsten 25 Jahren je 480 Mio. Franken nötig, selbst wenn das Immobilienvermögen der Armee wie angestrebt von heute 20 Milliarden auf 10 Milliarden reduziert wird. Die Armee ist heute die grösste Immobilienbesitzerin der Schweiz. Ihr Portfolio umfasst 230 Quadratkilometer, eine Fläche so gross wie der Neuenburger- und Murtensee.

Bundesräte Ogi und Villiger liessen Bauten verrotten

Das Debakel hat sich laut dem Bericht, der eigentlich unter Verschluss bleiben sollte, seit Mitte der 80er-Jahre kontinuierlich aufgebaut: Die Militärminister Jean-Pascal Delamuraz, Arnold Koller, Kaspar Villiger und Adolf Ogi setzten teilweise weit unter 50 Mio Franken für den Unterhalt

ein. Laut den Prüfern der EFK war das viel zu wenig. Der vernachlässigte Unterhalt wirkt sich heute aus: Gebäude müssen vorübergehend geschlossen werden. Ausserdem soll geprüft werden, ob Immobilienprozesse an Private ausgelagert werden können. Dies ist eine alte Forderung von Sicherheitspolitikern.

Armasuisse, die die Armeeliegenschaften verwaltet, teilt den Befund der EFK: Der Bericht weist auf die wesentlichen Mängel hin, die «aufgrund einer unausgewogenen Ressourcensituation» entstanden seien, sagt deren Sprecher Kaj-Gunnar Sievert. Vor zwei Wochen hat die SonntagsZeitung einen internen Bericht publiziert, der belegt, dass die Armee auch bei Neubauten die Kosten nicht im Griff hat.

Die Finanzaufsicht des Bundes fordert deshalb, dass rasch geklärt wird, welche Waffenplätze und Logistikzentren geschlossen werden. Ausserdem soll geprüft werden, ob Immobilienprozesse an Private ausgelagert werden können. Dies ist eine alte Forderung von Sicherheitspolitikern.

Armasuisse, die die Armeeliegenschaften verwaltet, teilt den Befund der EFK: Der Bericht weist auf die wesentlichen Mängel hin, die «aufgrund einer unausgewogenen Ressourcensituation» entstanden seien, sagt deren Sprecher Kaj-Gunnar Sievert. Vor zwei Wochen hat die SonntagsZeitung einen internen Bericht publiziert, der belegt, dass die Armee auch bei Neubauten die Kosten nicht im Griff hat.

Der Prüfbericht ist abrufbar unter www.sonntagszeitung.ch

Milliardenloch von Ex-Finanzminister Merz soll nun doch gestopft werden

Eveline Widmer-Schlumpf will den von der SP lancierten Kompromissvorschlag unterstützen

BERN Das Steuergeschenk für Grossverdiener aus der Unternehmenssteuerreform II soll teilweise rückgängig gemacht werden. Nachdem der Bundesrat letzten Montag noch Sofortmassnahmen ablehnte, ist nun eine Regierungsmehrheit für einen Kompromissvorschlag der SP absehbar.

SP-Präsident Christian Levrat reichte am Freitag im Parlament eine Motion ein, die verlangt, dass die Rückwirkung des Kapitaleinlageprinzips mehrheitlich aufgehoben wird. Sie soll lediglich bis zur Abstimmung über die Reform vom 24. Februar 2008 gelten. Damals sagte das Volk mit 50,5 Prozent nur sehr knapp Ja zur Unternehmenssteuerreform II. Der Bundesrat und der Finanzminister Hans-Rudolf Merz hatten aber in den Abstimmungsunterlagen ver-

schwiegen, dass mit der Reform durch die Steuerbefreiung der Ausschüttung von Kapitaleinlagen mehrere Milliarden an Steuereinnahmen verloren gehen.

Die aktuelle Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf ist ebenfalls verärgert über das grosse Steuerschlupfloch. Laut einer gut unterrichteten Quelle möchte auch sie die Rückwirkung aufheben und sich im Bundesrat für eine Lösung starkmachen, wie sie der SP-Präsident vorschlägt. Levrat be-

stätigt genau diese Intension: «Der Kompromissvorschlag ist geeignet, eine Mehrheit im Bundesrat zu finden.» Der Suktors der beiden Sozialdemokraten wäre Widmer-Schlumpf sicher. Dazu werden sich wohl kaum alle anderen Bürgerlichen gegen die Finanzministerin stellen. Eine Antwort der Regierung sollte bis zur Sondersession im April vorliegen.

Damit wäre die Steueraffäre jedoch nicht abgeschlossen. Auch die Geschäftsprüfungskommission wird sich der Sache an-

nehmen. «Die Regierung wird gezwungen sein, die Verantwortlichen dieses Betrugs am Stimmvolk zu benennen und zu sanktionieren», so Levrat. Das wird wohl in der Steuerverwaltung Konsequenzen haben. Die Finanzministerin wurde in dieser Sache von ihren Chefbeamten schlecht informiert.

Durch die Einführung des Gesetzes auf Anfang 2011 zeigt sich nun das Ausmass des Steuergeschenkes. In diesem Jahr gehen Bund und Kantone 1,2 Milliarden Franken verloren. In den folgenden Jahren fehlen jährlich bis zu 600 Millionen. Berechnungen des Gewerkschaftsbundes zeigen zudem, dass vor allem die Reichen vom Steuergeschenk profitieren. Nur gerade 17 Prozent der Bevölkerung kommt überhaupt in den Genuss von steuerfreien Dividenden. JOËL WIDMER



SP-Präsident Christian Levrat